WP-01-K2-271 |

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Steffen Regis (KV Kiel)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 270 bis 272:

Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen. Das Kooperationsverbot steht dem entgegen, weshalb wir es abschaffen wollen.

Begründung

Das Kooperationsverbot verhindert die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und steht den bereits im Entwurf genannten politischen Zielen entgegen. Die Abschaffung sollte von uns unmissverständlich als Ziel benannt und nicht nur umschrieben werden.

weitere Antragsteller*innen

Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Bennet Laurent-Morgan Gibony (KV Neumünster); Annette Granzin (KV Ostholstein); Susanne Lohmann (KV Stormarn); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Nelly Waldeck (KV Kiel); Daniela Sonders (KV Kiel); Marc Jöns (KV Kiel); Robert Lemke (KV Lübeck); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Mandy Siegenbrink (KV Lübeck); Jessica Leutert (KV Kiel); Birte Duggen (KV Lübeck); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Jesper Ole Berg (KV Lübeck); Benjamin Busse (KV Lübeck); Tillmann Rejzek (KV Lübeck); Benedict Ispas (KV Lübeck); Gazi Freitag (KV Plön); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.